

## PROTOKOLL

über die 47. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung  
am Mittwoch, den 10. Februar 2021 im Ratssaal des Rathauses

Beginn 15.00 Uhr  
Ende 18.00 Uhr

---

### Anwesende:

#### Ratsmitglieder:

Ratsfrau Zaman	(SPD) - Ausschussvorsitzende -	TN vor Ort
Ratsfrau Falke	(LINKE & PIRATEN)	(bis 17.00 Uhr)
Ratsherr Bingemer	(FDP)	
Ratsherr Gast	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Jacobs	(AfD)	(bis 17:30 Uhr) TN vor Ort
Ratsfrau Kastning	(SPD)	
Ratsherr Dr. Menge	(SPD)	
Ratsherr Pohl	(CDU)	
Beigeordnete Seitz	(CDU)	
Ratsfrau Steinhoff	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsherr Wiechert	(CDU)	TN vor Ort

#### Grundmandatsträger:

Ratsherr Förste (Die FRAKTION)

#### Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Dr. von der Ohe	(Dez. II)	
Herr Heidenbluth	(20)	
Herr Lau	(14)	TN vor Ort
Herr Rohrberg	(37)	TN vor Ort
Herr Spieler	(41.2)	
Herr Pietzko	(51.0)	
Frau Ramazanoglu	(15.23)	
Herr Dassow	(20.11)	TN vor Ort
Herr Patzke	(18.54.1)	TN vor Ort
Frau Wildermann	(V-LA 21)	
Herr Schwarz	(aha)	TN vor Ort
Herr Quast	(aha)	TN vor Ort
Herr Janßen	(GPR)	
Herr Hupe	(PR/II)	TN vor Ort

Herr Schröder  
Frau Allner

(PR/II)  
(20.11)

- Ausschussbetreuung und  
Protokoll -

**Presse:**

Frau König  
Herr Schinkel

(NP)  
(HAZ)

TN vor Ort  
TN vor Ort

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die
  - 2.1. 44. Sitzung am 11.11.2020  
- öffentlicher Teil -
  - 2.2. 45. Sitzung am 16.12.2020  
- öffentlicher Teil -
3. Antrag der CDU-Fraktion: Task-Force - Innenstadt  
(Drucks. Nr. 2304/2020)
4. Dringlichkeitsantrag von Rats Herrn Braune zu "Uber"  
(Drucks. Nr. 0091/2021)
5. Dringlichkeitsantrag von Rats Herrn Braune zur Aufhebung der Maskenpflicht  
(Drucks. Nr. 0095/2021)
6. Dringlichkeitsantrag von Rats Herrn Braune zur Verkaufserlaubnis für Kioske  
24/7  
(Drucks. Nr. 0102/2021)
7. Dringlichkeitsantrag von Rats Herrn Braune zu PCR-Coronatests  
(Drucks. Nr. 0105/2021)
8. Verlängerung der Maßnahmen des Hannoverschen Stabilitätspaketes in der Corona-Krise – („Stabilitätspaket 2.0“)

- (Drucks. Nr. 0078/2021 mit 1 Anlage)
9. Haushaltssicherungskonzept (HSK X) 2021 bis 2024  
(Drucks. Nr. 0024/2021)
  - 9.1. Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu Drucks. Nr. 0024/2021: Haushaltssicherungskonzept 2021 - 2024 (HSK X)  
(Drucks. Nr. 0249/2021)
  10. Befreiung von der Entgeltspflicht für die Nutzung städtischer Kindertageseinrichtungen im Januar 2021  
(Drucks. Nr. 0092/2021)
  11. Leistungsvereinbarung über die Finanzierung der Familien- und Erziehungsberatung sowie Fachberatung zwischen der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover  
(Drucks. Nr. 0093/2021 mit 3 Anlagen)
  12. Befreiung vom Eintrittsentgelt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in den Museen für Kulturgeschichte und dem Sprengel Museum Hannover  
(Drucks. Nr. 3056/2020 mit 2 Anlagen)
  13. Zuwendung an die Stadt Blantyre zur Unterstützung der coronabedingten Notsituation  
(Drucks. Nr. 0145/2021)
  14. Zuwendung an die Stadt Blantyre zur Unterstützung von Maßnahmen zum Klimaschutz und Versorgung mit sauberem Trinkwasser  
(Drucks. Nr. 0225/2021)
  15. Bericht des Dezernenten
  - 15.1. Finanzbericht für den Monat November - Stand 01.12.2020 -  
(Informationsdrucks. Nr. 0079/2021 mit 1 Anlage)
  - 15.2. Finanzbericht für den Monat Dezember - Stand 06.01.2021 -  
(Informationsdrucks. Nr. 0226/2021 mit 1 Anlage)
  - 15.3. Sonstiges
  19. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion: Stark belastete Anwohner unterstützen: Wiedereinführung der „Privilegierung“  
(Erweiterung der TO) (Drucks. Nr. 0280/2021)
  20. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Wiedereröffnung der Bürgerämter Döhren und Ricklingen  
(Erweiterung der TO) (Drucks. Nr. 0282/2021)

## II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

.....

## I. ÖFFENTLICHER TEIL

### TOP 1.

#### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Zaman eröffnete die 47. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung, und stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Ergänzend verlas sie im Anschluss - bedingt durch die besondere Situation der im Zuge der Pandemie anberaumten Hybrid-Sitzung - Hinweise zur Datenschutzerklärung und weitere hierfür erforderliche Informationen zum Sitzungsverlauf - weiterhin weist sie auf die beiden zur heutigen Sitzung kurzfristig am heutigen Mittag eingebrachten Dringlichkeitsanträge der CDU-Fraktion hin.

Ratsherr Jacobs zog TOP 12 in die AfD-Fraktion.

Beigeordnete Seitz trug die Begehren der eingangs aufgerufenen Anträge der CDU-Fraktion vor und begründete, warum die CDU-Fraktion diese als dringlich ansehe.

Ratsherr Dr. Menge erklärte, die Dringlichkeit beider Anträge werde die SPD-Fraktion anerkennen - jedoch würden diese Punkte in die Fraktionen gezogen, da diese Anträge erst unmittelbar vor der Sitzung vorgelegt worden seien, und die SPD sich erst mit den Inhalten der Anträge auseinandersetzen wolle. So wären die Anträge zumindest bereits im politischen Verfahren.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Zaman erklärte, die beiden Anträge der CDU-Fraktion würden somit als neue Tagesordnungspunkte am Ende des öffentlichen Teils auf die Tagesordnung gesetzt.

Weitere Änderungswünsche oder Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht .

## TOP 2.

### Genehmigung des Protokolls über die

2.1.            **44. Sitzung am 11.11.2020**  
                  - öffentlicher Teil -

2.2.            **45. Sitzung am 16.12.2020**  
                  - öffentlicher Teil -

Ratsherr Gast bat um eine erläuternde Klarstellung im Protokoll vom 11.11.2020 auf Seite 10, da er sich unter TOP 7.1 eigentlich auf die Vorfälle in Halle und nicht in Leipzig hätte beziehen wollen.

#### Anmerkung der Protokollführerin

*Die am 15.02.2021 veröffentlichte Internet-Fassung berücksichtigt dieses.*

*Der für die allgemeine Öffentlichkeit zugängliche aktualisierte Passus lautet nun:*

*"Ratsherr Gast brachte die Vorfälle, die sich gegenwärtig in Halle ereignet hatten, zur Sprache."*

**genehmigt wurden 2.1. (mit diesem richtigstellenden Hinweis) und 2.2. einstimmig**

## TOP 3.

### Antrag der CDU-Fraktion: Task-Force - Innenstadt (Drucks. Nr. 2304/2020)

Beigeordnete Seitz trug den Antrag der CDU-Fraktion vor und begründete ihn.

Ratsherr Dr. Menge stellte fest, dass inzwischen das Konzept für eine resiliente Innenstadt verabschiedet worden sei. Die SPD-Fraktion halte den Antrag der CDU-Fraktion für obsolet.

Ratsherr Gast fügte hinzu, dass der Stadtdialog bereits gestartet sei. Die Task-Force parallel dazu laufen zu lassen, wie von Beigeordneter Seitz angeregt, werde von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen abgelehnt.

Antrag, zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine „Task-Force Innenstadt“ zu gründen, welche die Weiterentwicklung der Innenstadt aktiv vorantreibt. Diese Task-Force wird von dem Oberbürgermeister geleitet und setzt sich aus städtischen Vertretern der Fachbereiche Wirtschaft, Planen und Stadtentwicklung, Öffentliche Ordnung, Kultur, Umwelt und Stadtgrün, Finanzen, Sport und Bäder sowie Soziales zusammen.

Die Task-Force steht in engem Kontakt mit allen innerstädtischen Interessensgruppen und

erarbeitet ein Gesamtkonzept, aber auch punktuelle Lösungsansätze zur Steigerung der Aufenthaltsqualität der Innenstadt. Die Task-Force agiert außerdem als Bindeglied zwischen Politik und Stadtverwaltung und informiert die Ratsgremien laufend über ihre Arbeit.

**4 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

Die anschließenden Tagesordnungspunkte 4 bis 7 wurden ohne weitere Wortbeiträge zur Abstimmung gestellt.

**TOP 4.  
Dringlichkeitsantrag von Ratsherrn Braune zu "Uber"  
(Drucks. Nr. 0091/2021)**

Antrag

Der Rat möge beschließen, dass „Uber“ und andere Fahrdienstleister die Möglichkeit bekommen in Hannover zu arbeiten.

***einstimmig abgelehnt***

**TOP 5.  
Dringlichkeitsantrag von Ratsherrn Braune zur Aufhebung der Maskenpflicht  
(Drucks. Nr. 0095/2021)**

Antrag

Aussetzung des §2 der Niedersächsischen Verordnung vom 11. Juli 2020 in Bezug auf das Masken tragen.

***einstimmig abgelehnt***

**TOP 6.  
Dringlichkeitsantrag von Ratsherrn Braune zur Verkaufserlaubnis für Kioske 24/7  
(Drucks. Nr. 0102/2021)**

Antrag

24 / 7 Verkaufserlaubnis inklusive Alkohol für Kioske in Hannover

***einstimmig abgelehnt***

**TOP 7.  
Dringlichkeitsantrag von Ratsherrn Braune zu PCR-Coronatests**

**(Drucks. Nr. 0105/2021)**

Antrag

Der Rat möge beschließen den PCR-Coronatest für die Landeshauptstadt Hannover auszusetzen!

***einstimmig abgelehnt***

**TOP 8.**

**Verlängerung der Maßnahmen des Hannoverschen Stabilitätspaketes in der Corona-Krise – („Stabilitätspaket 2.0“)  
(Drucks. Nr. 0078/2021 mit 1 Anlage)**

Beigeordnete Seitz fragte, warum die Befreiung von der Zahlung von Sondernutzungsgebühren nicht bis zum 30. Juni 2021 vorgesehen sei.

Stadtkämmerer Dr. von der Ohe erläuterte, dass die Zahlung dieser Gebühren naturgemäß keinen linearen Verlauf nehme; von daher falle hier eine Verlängerung um einen weiteren Monat haushalterisch stärker ins Gewicht.

Auf Bitte von Beigeordneter Seitz nannte Stadtkämmerer Dr. von der Ohe im weiteren Verlauf der Sitzung den ungefähren Betrag, der ansonsten den städtischen Haushalt durch den einmonatigen Ausfall belasten würde: 130.000 € für den Monat 06/2021.

Antrag,

die Fortsetzung der Maßnahmen des Hannoversche Stabilitätspaket in der Corona-Krise – („Stabilitätspaket 2.0“) (siehe Anlage 1) zu beschließen.

***Einstimmig***

**TOP 9.**

**Haushaltssicherungskonzept (HSK X) 2021 bis 2024  
(Drucks. Nr. 0024/2021)**

Antrag, zu beschließen:

Das Volumen des Haushaltssicherungskonzepts X (HSK X) wird bezogen auf das strukturelle Defizit für die Jahre 2021 bis 2024 mit 90 Mio. € festgesetzt. Die Umsetzung einzelner Maßnahmen kann über diesen Zeitraum hinausgehen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellten Maßnahmen umzusetzen bzw. einzuleiten. Sofern einzelne Maßnahmen nicht oder nicht in vollem Umfang umgesetzt werden können, sind geeignete Ersatzvorschläge zu unterbreiten.

Für die coronabedingten Anteile der Fehlbeträge 2020 bis 2022 wird von der Regelung des

§ 182 Abs. 4 Ziffer 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) Gebrauch gemacht. Für den Abbau dieser Fehlbeträge in Höhe von 214 Mio. € für 2021 und 2022 zuzüglich des massiven Fehlbetrages aus dem Jahr 2020, der noch nicht abschließend feststeht, sind ab 2023 jährlich 10 Mio. € als Aufwand im Ergebnishaushalt eingestellt worden. Bei der Ermittlung der Jahresergebnisse ist dieser Fehlbetrag gesondert auszugewiesen.

**6 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

#### **TOP 9.1.**

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu Drs. Nr. 0024/2021: Haushaltssicherungskonzept 2021 - 2024 (HSK X) (Drucks. Nr. 0249/2021)**

Beigeordnete Seitz bat um eine Erklärung, warum die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit diesem und einzigen Änderungsantrag dezidiert das Thema "Schuldnerberatung" sowie die Zuwendung an das Jugendfinanzcoaching aufgegriffen hätten.

Die Ratsherren Dr. Menge, Gast und Bingemer erklärten, dass hier die Stadt als Kommune Aufgaben wahrnehme, die nicht originär die ihren wären. Derartige Ausgaben- bzw. Aufgabenblöcke gehörten nach Ansicht aller drei Fraktionen auf den Prüfstand, auch wenn gerade die Schuldnerberatung sicherlich gegenwärtig ein wichtiges Thema sei.

Ratsherr Gast führte generell aus, dass dieses leider erforderliche HSK X einen sehr guten Vorschlag der Verwaltung darstelle - die übergreifenden Themen Aufgabenkritik und Modernisierung der Verwaltung sowie die angestrebte Digitalisierung böten viel Potential und Dynamik für bestehende Vorgehensweisen, eine Chance für evtl. flachere Hierarchien und Verfahrensänderungen innerhalb der Verwaltung.

Der starke Zufluss an Gewerbesteuererinnahmen habe in den letzten Jahren vieles kompensiert. In den Vorjahren seien viele Aufgaben von Land und Bund an die Kommunen übertragen worden, deren Übernahme jedoch von Land und Bund nicht ausreichend kompensiert worden sei; erschwerend kämen daneben noch Corona-bedingte Ausfälle in erheblichem Maße hinzu.

Ratsherr Dr. Menge bezeichnete das Konzept in Aufbau und Struktur als sehr gelungen. Im Gegensatz zu früheren Konzepten - bei denen man die großen Bezüge nicht im Blick gehabt hätte - begrüße er den Verzicht auf frühere, zumeist kleinteilige Dezernatsmaßnahmen sowie die Tatsache, dass das anhängige Konzept auf 4 Jahre anstelle früher 2 Jahre angelegt sei. Seinen Vorredner\*innen stimme er dahingehend zu, dass das Konnexitätsprinzip zum Teil völlig ignoriert werde.

Ratsherr Pohl konstatierte, dass er einen Eingriff in die Schuldnerberatung gerade derzeit nicht gut platziert empfinde. Themen wie Unternehmensbeteiligung sprich Ersatzvorschläge für Ausfälle von möglicherweise weiterhin wegbrechenden Gewinnbeteiligungen würden nach Ansicht der CDU-Fraktion nicht in ihrem Sinne aufgegriffen.

Beigeordnete Seitz bezeichnete dieses zehnte Konzept als "nicht mehr als eine reine Willenserklärung", eine Liste von Sparmaßnahmen, die ihres Erachtens zu wenig konkretisiert hinterlegt seien. Die CDU-Fraktion werde dem Konzept keine Zustimmung geben.

Ratsfrau Falke erklärte, die Gruppe erwarte von der LHH, dass diese sich mit anderen Kommunen zusammenschließe, um das Konnexitätsprinzip gegebenenfalls mit rechtlichen Mitteln gemeinsam gegen Land und Bund juristisch durchzusetzen.

Stadtkämmerer Dr. von der Ohe konstatierte, dass Land und Bund ein großes Maß an Entlastung in dieser Zeit der Pandemie bereits schulterten.

Das zehnte HSK-Konzept sei weitgehend - im Vergleich zu seinen Vorgängern - in der Perspektive tiefgreifend strukturell ausgerichtet. Wie weit derzeit konkrete Sparmaßnahmen überhaupt sinnvoll und nicht im Gegenteil unter der gegenwärtigen Gemengelage eher kontraproduktiv seien, darüber gebe es vielfach divergierende Auffassungen. Es gehe hier der Verwaltungsspitze deutlich darum, nachhaltig Prozesse zu optimieren und dieses damit eben nicht auf dem Rücken der Beschäftigten der LHH auszutragen, sondern allgemein betrachtet die LHH auf lange Sicht in ihrer Rolle als Kommune zu stärken.

Konkret gehe es um eine gewisse "Entschlackung" der LHH - die Fragestellung der Zukunft laute: "Tun wir das Richtige und tun wir das Richtige richtig?"

Nach weiteren abschließenden Wortmeldungen der Ratsherren Gast und Jacobs sowie von Ratsfrau Kastning, die neben Beigeordneter Seitz ebenfalls - seitens der SPD-Fraktion jedoch befürwortend - auf die anstehende Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der städtischen Alten- und Pflegeheime einging, rief Ausschussvorsitzende Ratsfrau Zaman beide Vorlagen unter TOP 9 / 9.1 zur Abstimmung auf.

Antrag, zu beschließen:

Im Zuge der Umsetzung der Maßnahme VI.1. Zukunftspakt zur aufgabenkritischen Modernisierung werden auch der Bereich der Schuldnerberatung sowie die Zuwendungen an das Jugendfinanzcoaching kritisch hinterfragt.

**6 Stimmen dafür, 5 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

Die anschließenden TOP's 10 bis 14 wurden ohne weitere Wortbeiträge behandelt.

#### **TOP 10.**

**Befreiung von der Entgeltspflicht für die Nutzung städtischer Kindertageseinrichtungen im Januar 2021  
(Drucks. Nr. 0092/2021)**

Antrag,

bereits mit Wirkung ab dem 01. Januar 2021 für alle Kindertageseinrichtungen, die ein Betreuungsentgelt gem. der Entgeltregelung erheben, zu beschließen:

1. Es wird auf das Betreuungsentgelt gem. § 1 der Entgeltregelung einschl. des Essengeldes gem. § 8 der Entgeltregelung verzichtet.
2. Gem. Ziffer 1 ausfallende Betreuungsentgelte (einschl. Essengeld) werden den Einrichtungen erstattet Von Seiten der Landeshauptstadt Hannover geförderte Betriebskindertagesstätten erhalten maximal den jeweiligen Höchstbeitrag der städtischen

Entgeltregelung. Zugleich sind sie aufgefordert, ihre Betriebsausgaben auf das zwingend erforderliche Maß zu begrenzen.

3. Die vorgenannten Regelungen gelten auch für die Inanspruchnahme von Notgruppen.

4. Die laufende Förderung aller Einrichtungen erfolgt auf Grundlage der jeweiligen Fördersystematik. Sind Nachweise über Kinderlisten zu erbringen, gilt als Grundlage die Durchschnittsbelegung der Kinder mit Erstwohnsitz in Hannover während der letzten drei Monate.

5. Eine Verlängerung ist möglich, wenn von Seiten des Landes Niedersachsen, auch in Vertretung durch das Gesundheits- oder Kultusministerium, eine über den Januar 2021 hinausgehende Schließung angeordnet wird.

***Einstimmig***

**TOP 11.**

**Leistungsvereinbarung über die Finanzierung der Familien- und Erziehungsberatung sowie Fachberatung zwischen der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover  
(Drucks. Nr. 0093/2021 mit 3 Anlagen)**

Antrag,

dem Abschluss der als Anlage 3 beigefügten "Leistungsvereinbarung über die Finanzierung der Familien- und Erziehungsberatung sowie Fachberatung zwischen der Region Hannover und der Landeshauptstadt Hannover" zuzustimmen.

***Einstimmig***

**TOP 12.**

**Befreiung vom Eintrittsentgelt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in den Museen für Kulturgeschichte und dem Sprengel Museum Hannover  
(Drucks. Nr. 3056/2020 mit 2 Anlagen)**

Antrag,

1. der temporären Befreiung vom Eintrittsentgelt für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in den Museen für Kulturgeschichte und dem Sprengel Museum Hannover
2. der in diesem Zuge redaktionellen Überarbeitung und Anpassung der Preisstruktur des Sprengel Museum Hannover an die derzeitigen Leistungsangebote

zuzustimmen.

***Auf Wunsch der AfD in die Fraktionen gezogen***

**TOP 13.**

**Zuwendung an die Stadt Blantyre zur Unterstützung der coronabedingten Notsituation  
(Drucks. Nr. 0145/2021)**

Antrag,

zu beschließen, der Stadt Blantyre in Malawi eine Zuwendung zur Unterstützung der coronabedingten Notsituation in Höhe von

50.000,00 € zu bewilligen.

Die Zuwendung basiert auf dem Projekt „Nachhaltiger Schutz vor Covid-19 durch Wissenstransfer, Prävention & Equipment in Blantyre“ (s. Informationsdrucksache Nr. 0002/2021).

**10 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen**

**TOP 14.**

**Zuwendung an die Stadt Blantyre zur Unterstützung von Maßnahmen zum Klimaschutz und Versorgung mit sauberem Trinkwasser  
(Drucks. Nr. 0225/2021)**

Antrag,

zu beschließen, der Stadt Blantyre in Malawi eine Zuwendung zur Unterstützung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Versorgung mit sauberem Trinkwasser in Höhe von insgesamt

180.000 Euro weiterzuleiten.

Die Zuwendung basiert auf dem Projekt „Global nachhaltige Entwicklung durch Klimaschutzmaßnahmen und Bildung stärken – Gestaltungskompetenz mithilfe von Pflanzprojekten und Brunnenbau für sauberes Trinkwasser in Blantyre fördern“ (s. Informationsdrucksache Nr. 0002/2021) im Rahmen des Programms „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (NAKOPA) und wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert.

**10 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen**

**TOP 15.**

**Bericht des Dezernenten**

Herr Stadtkämmerer Dr. von der Ohe leitete seinen Berichtspunkt mit den Worten ein, dass er nach Präsentation des aktuellen Finanzberichts Dezember 2020 das Wort weiter an Herrn Rohrberg sowie aus gegebenem Anlass an die Herren Schwarz und Quast geben werde.

**15.1. Finanzbericht für den Monat November - Stand 01.12.2020 -**

(Informationsdrucks. Nr. 0079/2021 mit 1 Anlage)

**15.2. Finanzbericht für den Monat Dezember - Stand 06.01.2021 -  
(Informationsdrucks. Nr. 0226/2021 mit 1 Anlage)**

Zur Information über den aktuellen Finanzstatus präsentierte Herr Stadtkämmerer Dr. von der Ohe detailliert den Finanzbericht für den Monat Dezember 2020. Auch wenn noch Abschlussbuchungen vorzunehmen seien, sei das große - wenn auch noch vorläufige - Bild doch hinreichend klar. Bei den Einnahmen, die vor allem durch den massiven Einbruch bei der Gewerbesteuer geprägt seien, fehlten im Saldo rund 180 Mio. € - auf der Aufgabenseite sei ein Mehraufwand von insgesamt 40 Mio. € zu verzeichnen. An den negativen Entwicklungen, die zu einem Gesamtergebnis von derzeit Minus 220 Mio. € führten, seien bereits die Gewerbesteuerkompensation und das positive Verhandlungsergebnis bei der Regionsumlage eingeflossen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Zaman stellte fest, dass es nach dem Bericht des Stadtkämmerers in seiner Transparenz und Nachvollziehbarkeit keinerlei anschließende Rückfragen aus dem Gremium gebe.

***zur Kenntnis genommen***

**15.3. Sonstiges**

Zunächst folgte an dieser Stelle - wie eingangs angekündigt - ein ausführlicher Bericht zum aktuellen Sachstand des Impfzentrums.

Die aus dem Vortrag von Herrn Rohrberg resultierenden, gestellten Nachfragen der Ratsherren Jacobs und Dr. Menge, von Ratsfrau Steinhoff sowie von Beigeordneter Seitz und Ratsfrau Zaman zu einzelnen Details der Präsentation sowie darüber hinaus zur gegenwärtigen Gesamtsituation wurden von Herrn Rohrberg und ergänzend von Herrn Stadtkämmerer Dr. von der Ohe umfassend und abschließend noch in der Sitzung beantwortet.

***zur Kenntnis genommen***

***Hinweis der Ausschussbetreuerin:***

***Die Präsentation ist einerseits dem Protokoll in der Papierversion als Anlage zu TOP 15.3 beigefügt, andererseits über SIM/Cara elektronisch abrufbar.***

***Gleiches gilt für die Präsentationen von aha, die im Anschluss ebenfalls unter TOP 15.3 aus gegebenem Anlass folgten.***

Seitens aha berichteten Herr Quast und Herr Schwarz nach einführenden Worten des Stadtkämmerers zur momentanen medialen Aufmerksamkeit zum einen über

das derzeit anhängige Thema "Gebührendiskussion"

und aus der aktuellen Situation heraus über das Thema "Winterdienst in der Landeshauptstadt Hannover".

Auch zu diesen beiden Sachstandsberichten wurden noch in der Sitzung die daraus sich für die Ratsherren Wiechert, Dr. Menge, Gast und Bingemer sowie für Ratsfrau Zaman unmittelbar ergebenden Nachfragen zu einzelnen Themenpunkten sofort von Herrn Quast beantwortet.

### ***zur Kenntnis genommen***

#### **TOP 19.**

**Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion: Stark belastete Anwohner unterstützen: Wiedereinführung der „Privilegierung“  
(Drucks. Nr. 0280/2021)**

#### Antrag

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Verwaltung auf, bis zum 30.04.2021 einen Vorschlag zu erarbeiten, wie die Privilegierung, welche aus der früheren Straßenreinigungssatzung gestrichen wurde, rechtssicher wieder eingeführt werden kann. Das Ziel dieser Privilegierung ist die Entlastung der Anwohnerinnen und Anwohner von besonders hochfrequentierten Straßen. Der erarbeitete Vorschlag ist mit dem Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) abzustimmen und den Ratsgremien zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen.

#### **TOP 20.**

**Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Wiedereröffnung der Bürgerämter Döhren und Ricklingen  
(Drucks. Nr. 0282/2021)**

#### Antrag

Die Verwaltung wird aufgefordert, das Bürgeramt Döhren sowie das Bürgeramt Ricklingen unverzüglich wieder zu eröffnen. Alle notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung der aktuellen Abstands- und Hygienevorschriften sind umzusetzen.

***Zu Beginn der Sitzung wurden beide Dringlichkeitsanträge einvernehmlich als neue Tagesordnungspunkte 19 und 20 auf die TO genommen und im direkten Anschluss in die SPD-Fraktion gezogen - erneute Behandlung am 10.03.2021***

Für die Niederschrift

*gez. Dr. von der Ohe*

*gez. Allner*

Stadtkämmerer

Ausschussbetreuerin

## II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

.....

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Zaman schloss die 47. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung um 18.00 Uhr.

Für die Niederschrift

*gez. Dr. von der Ohe*

*gez. Allner*

Stadtkämmerer

Ausschussbetreuerin



Gebührendiskussion, Finanzausschuss 10.02.21, kurze Fassung 2.pptx